

Berliner Nahverkehr: Warnstreik legt Busse und Bahnen lahm!

Berliner Nahverkehr steht vor einem zweitägigen Warnstreik, ausgelöst durch unzureichende Tarifangebote der BVG.



Am 19. März 2025 hat die Gewerkschaft Verdi einen zweitägigen Warnstreik im Berliner Nahverkehr angekündigt. Dieser Streik betrifft die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), was bedeutet, dass nahezu alle Busse, Straßen- und U-Bahnen an beiden Tagen im Depot bleiben werden. Anlass für diesen Arbeitskampf ist das als unzureichend empfundene finanzielle Angebot der BVG in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten. Dies stellt bereits den vierten Arbeitskampf in der aktuellen Tarifrunde mit der BVG dar. Der S- und Regionalverkehr bleibt von den Maßnahmen unberührt, jedoch wird mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen und einer verstärkten Nachfrage nach Alternativen wie Taxis gerechnet. Verdi fordert die BVG auf, einen Kompromissvorschlag zu unterbreiten, während die BVG rechtliche Schritte gegen den

Streik angedroht hat.

Zusätzlich zu den Warnstreiks in Berlin plant Verdi auch landesweite Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen, die verschiedene Bereiche des öffentlichen Lebens lahmlegen sollen. Auch in Kassel wird ein ganztägiger Warnstreik im öffentlichen Dienst durchgeführt, wodurch unter anderem Busse, Straßenbahnen sowie Kitas betroffen sind. Am 14. März begannen die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Potsdam, die möglicherweise wegweisend sind, da Verdi und der Beamtenbund eine Tarifierhöhung von 8 % oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat sowie drei zusätzliche freie Tage fordern. In den vergangenen Verhandlungsrunden, die mit der BVG stattfanden, wurde das Angebot zur Lohnerhöhung von 225 Euro pro Monat als unzureichend betrachtet.

Details zu den Tarifverhandlungen

Verdi hat das bisherige Tarifangebot der BVG abgelehnt und ein 24-Stunden-Ultimatum gesetzt. Die BVG soll innerhalb eines Tages einen neuen Verhandlungstermin vorschlagen, andernfalls drohen weitere Streikaktionen. Ein Zusatztermin wurde für den 12. März vereinbart, bis dahin schloss Verdi Warnstreiks aus. Das BVG-Angebot sieht eine Vertragslaufzeit von 30 Monaten vor und bietet in den folgenden Jahren eine monatliche Entgelterhöhung um 100 Euro an. Zudem sollen die Fahrdienst- und Wechselschichtzulagen um 125 Prozent angehoben werden. Verdi fordert indes für die Beschäftigten monatlich 750 Euro mehr, zusätzlich ein 13. Monatsgehalt sowie spezielle Zulagen für Fahrdienst und Schichtarbeiten.

Die Situation im öffentlichen Dienst ist zudem von einer allgemeinen Unzufriedenheit geprägt, die sich aus gescheiterten Tarifverhandlungen auf Bundes- und Kommunalebene ergibt. Arbeitgeber sprechen von finanziellen Grenzen, die ihr Angebot nicht überschreiten könne, während Gewerkschaften an der Erfüllung zentraler Forderungen festhalten. Die Verhandlungen betreffen insgesamt über 2,7 Millionen Beschäftigte im

öffentlichen Dienst in Deutschland.

Fallen die kommenden Verhandlungen zur Einigung über die Gehaltsfragen weiterhin negativ aus, könnte dies zu weiteren unbefristeten Streiks führen. Ein erneuter Warnstreik der Beschäftigten am Flughafen Frankfurt verdeutlicht die angespannte Lage: Nach einem solchen Arbeitskampf mussten zahlreiche Flüge gestrichen werden. In Hessen wurden zudem dreitägige Arbeitsniederlegungen bei Verkehrsgesellschaften angekündigt. Die kommende fünfte Verhandlungsrunde zwischen Verdi und der BVG wird entscheiden, ob die derzeitige Konfliktsituation sich etwas beruhigt oder ob ein neuer Höhepunkt erreicht wird.

Details	
Quellen	• www.focus.de • www.rbb24.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de